



Sicherheitspolitik Bremen

www.sicherheitspolitik-bremen.de

Hans Bösenberg

Alter Postweg 1B, 01.09.2010

D-27374 Visselhövede

Tel.: +49-(0)4262-8273

Fax: 032223774007

hans.boesenberg@t-online.de

Newsletter I / 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

in unregelmäßigen Abständen versende ich ergänzend zur Website

www.sicherheitspolitik-bremen.de

einen Newsletter mit Kommentaren und Hinweisen zu sicherheitspolitischen Ereignissen und Veröffentlichungen.

1. Thema Bundeswehrreform

Die ausgiebig als „Grundsatzrede“ angekündigte Ansprache des Verteidigungsministers zu Guttenberg am 26. Mai 2010 an der Führungsakademie der Bundeswehr anlässlich der Kommandeurtagung der Streitkräftebasis fand starke Beachtung und Resonanz. Einige Zitate:

- „... Kultur der Transparenz und Offenheit nach innen gemeinsam zu erarbeiten, ist eine der vorrangigsten Aufgaben ...“
- „... die derzeitige nationale Zielvorgabe, der sogenannte ‚Level of Ambition‘, weder personell noch materiell erreicht werden konnte.“
- „Der Bundeswehr fehlt eine einheitliche ‚Unternehmensplanung‘, besser vielleicht ein entsprechendes Management.“
- „Was wiederkehrend fehlt, ist eine gemeinsame übergeordnete Zielsetzung.“
- „Und bis heute gibt es keine für die Leitung des Hauses nutzbare Fähigkeitslage.“

Insbesondere zwei Aussagen ließen die Diskussionswellen hoch schlagen:

- „Der mittelfristig höchste strategische Parameter, quasi als *Conditio sine qua non*, unter dem die Zukunft der Bundeswehr gestaltet werden muss, ist die von mir schon apostrophierte Schuldenbremse, ist das globalökonomisch gebotene und im Verfassungsrang verankerte Staatsziel der Haushaltskonsolidierung, ein Ziel, das uns immer mittelbar auch trifft. Dementsprechend ergibt sich für die Streitkräfteplanung zwangsläufig eine von einigen sicher nicht

gerne gehörte Paradigmenumkehr. Der Anspruch ‚Cost to Design‘, also den strukturellen Rahmen seitens der Exekutive vorzugeben und anschließend zu finanzieren, wird völlig illusionsfrei durch die Realität des ‚Design to Cost‘ bestimmt werden, also der Finanzrahmen wird den strukturellen Rahmen und damit auch das eigene Anspruchsniveau, den ‚level of ambition‘ vorzugeben drohen.“

- „Mit den jetzt bekannten Zahlen (...) wird der Fortbestand der Wehrpflicht (...) zur Gretchenfrage hochstilisiert werden (...) Diese Debatte [wird] nicht aufzuhalten sein. Nicht zu übersehen ist, dass in den Streitkräften verbreitet durchaus vor der Disposition von Fähigkeiten das Aussetzen der Wehrpflicht als kurzfristig wirkende Kompensation auch gesehen wird.“

Damit war die Debatte zu zwei emotional aufgeladenen, in der Vergangenheit vielfach von verfestigtem Schubladendenken bestimmten Themen eröffnet: „Wehrpflicht“ und „Bundeswehr nach Kassenlage“. Nun ist die Wehrpflicht ohnehin seit Jahren de facto nicht mehr existent, und die Kassenlage war auch in der Vergangenheit dominanter Faktor für Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte. Aber die dramatische Haushaltslage, der von niemandem geliebte faule W 6-Kompromiss und das Stichwort „Paradigmenumkehr“ befeuerten die öffentliche Auseinandersetzung. Innerhalb kürzester Zeit stand die „Heilige Kuh Wehrpflicht“ zur Disposition und es kursierten drastisch reduzierte konkrete Umfangszahlen für die Bundeswehr. Die Art und Form der Thematisierung durch den Verteidigungsminister waren schwer nachzuvollziehen; ein argumentatives Zurückrudern war in der Folge nicht zu verkennen.

Kritisch äußert sich der Generalinspekteur a.D. Harald Kujat in DIE ZEIT vom 19. August: „... muss die Politik zuerst die sicherheitspolitischen Interessen des Landes definieren. Daraus leiten sich die Aufgaben der Bundeswehr ab und in einem dritten Schritt wird festgelegt, welche Fähigkeiten und Ressourcen für die Erfüllung dieser Aufgaben nötig sind. (...) Ich erwarte, dass der Minister die Begründung für diese Umfänge nachliefert. Derzeit kann ich jedenfalls nicht erkennen, dass wir die Zahl an Einsatzkräften erreichen, die notwendig ist, um unsere internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.“ Zur Frage der Wehrpflicht meint er im gleichen Artikel hingegen zustimmend: „Wenn es aber darum geht, unter finanziell schwierigen Bedingungen das Optimum für unsere Sicherheit herauszuholen, dann müssen wir auf Wehrpflichtige verzichten.“

Gegenpositionen vertritt in einem Essay in DIE WELT am 21.08.2010 auch Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann: „Das Land in der Mitte Europas hat besondere Verantwortung für die ‚Grundstabilität‘ des Kontinents. Dazu gehört – auch ohne konkrete Bedrohung – Aufwuchsfähigkeit als flexibles Mittel der Krisenbeherrschung, was Wehrpflicht und ein tragfähiges Reservistenkonzept bedingt.“ Und hinsichtlich der in den Ring geworfenen Bundeswehrumfangszahlen fragt er: „Woher kommen beispielsweise die Zahlen 150.000 und 170.000, wenn doch nichts von einer Neubewertung der Bundeswehraufträge zu hören war? Die Schuldenbremse als ‚höchster strategischer Parameter‘? Dem hat selbst die Bundeskanzlerin inzwischen widersprochen. Die sicherheitspolitische Systematik wird zwar stets beschworen, aber von immer neuen Ad-hoc-Ankündigungen und vermuteten Teilentscheidungen überlagert. Die Diskussion muss auf die Füße gestellt werden.“

Und der ehemalige Generalinspekteur Klaus Nauman schreibt in der FAZ vom 23.08.2010: „...bislang dreht sich die Diskussion nur um die Wehrpflicht; die aber ist nur ein Instrument zur Erfüllung des Verfassungsauftrages nach Artikel 87 des Grundgesetzes. Beginnen müsste sie mit der Frage: Wozu braucht Deutschland Streitkräfte? Gegen welche Gefahren muss es sich schützen? Welche Verpflichtungen sind zu erfüllen?“

Auch unter den politischen Würdenträgern formiert sich ein nicht zu unterschätzender Widerstand gegen die Aussetzung der Wehrpflicht. So plädieren die Ministerpräsidenten Carstensen und Seehofer vehement für die Beibehaltung der Wehrpflicht, ebenso wie der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Beck.

Selbstverständlich äußern sich auch die Befürworter einer Abschaffung der Wehrpflicht vielfältig und mit guten Argumenten. Ein Beispiel mit ausführlichen Argumenten finden Sie auf meiner Website:

<http://www.sicherheitspolitik-bremen.de/43047/53501.html> .

Das BMVg hat mittlerweile in den „Leitlinien zur Ausplanung der neuen Bundeswehr“ den Reformrahmen konkretisiert. Darin heißt es:

„Als Trends zeichnen sich für die vor uns liegende Dekade u.a. ab:

- eine weiter steigende Bedrohung unserer Sicherheit durch nicht-staatliche Akteure,
- eine steigende Zahl Akteure, von denen eine Mischung traditioneller und asymmetrischer Risiken ausgeht, die sich nicht geographisch fixierbar im eigenen Land oder anderswo manifestieren können,
- ein zunehmendes Proliferationsrisiko von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen,
- der Aufstieg neuer staatlicher Akteure, die über wachsendes politisches und ökonomisches Gewicht auch unsere Werte, Normen und Interessen herausfordern werden,
- globale Destabilisierungsrisiken als Folge von Klimawandel und Ressourcenknappheit,
- die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die noch anhalten und die Möglichkeiten der westlichen Welt zu globaler Ordnungspolitik einschränken werden.“

Dies klingt nicht wirklich neu. Die Leitlinie stellt im Folgenden fest:

„Es gilt, dem als Transformation der Bundeswehr bezeichneten Prozess einen neuen richtungsweisenden Impuls zu geben. (...) Defizitanalysen zeigen, dass die Bundeswehr bereits mit dem aktuellen Einsatzengagement ihre Leistungsgrenze erreicht hat. Zudem ist es bisher nicht gelungen, den geplanten Fähigkeitsaufbau zu realisieren. Die Führungsstrukturen sind wenig effizient. Prozesse und Verfahren genügen nicht mehr den Erfordernissen des Einsatzes (...) Die Frage der Wehrform ist ein zentrales Handlungsfeld der anstehenden Untersuchungen.“

Den vollständigen Text der Leitlinie finden Sie unter

<http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W286VBQA580INFODE/Leitlinien%20Ausplanung%20Bundeswehr.pdf> .

Wie geht es weiter?

Positiv ist zu registrieren, dass seit langem schwebende Fragen, wie eben die der Wehrpflicht, entschieden werden und dass die immer wieder angemahnte sicherheitspolitische Debatte in der deutschen Öffentlichkeit beflügelt wurde. Derzeit besteht zumindest kein Mangel an Diskussionsbeiträgen:

- „Soziales Pflichtjahr“ als allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen. Einige prominente CDU-Politiker, darunter das MdEP Elmar Brok und die Ministerpräsidenten Beck, Koch (a.D.) und Müller, haben dies in die Debatte geworfen, in der CSU findet die Position breite Unterstützung.
- „Heimatschutzpflicht“. Der niedersächsische Innenminister Schünemann schlägt diese vor.

Diese Vorschläge haben allerdings aufgrund von Verfassungsbedenken und aus finanziellen Erwägungen kaum Realisierungschancen. Die Hürde für Zwangsdienste ist vom Grundgesetz sehr hoch gelegt. Somit stellen freiwillige Dienste wie der „Freiwillige Wehrdienst (FWD)“ und, insbesondere gegebenenfalls zur Kompensierung des heutigen zivilen Ersatzdienstes, der Ausbau des bereits existenten „Freiwilligen Sozialen Jahres“ (Position auch von Bundesfamilienministerin Schröder) einen eher machbaren Weg dar.

Fünf Modelle für die Bundeswehr der Zukunft wurden im BMVg erarbeitet, einige eher mit Placebo-Charakter. Die Pläne werden dem Kabinett, dem Parlament und der Öffentlichkeit vorgestellt. Entscheidungen sind nicht vor dem Herbst zu erwarten, da Parteitagbeschlüsse und der Bericht der Weiskommission einfließen sollen. Als Resultat der Entscheidungsprozesse der nächsten Monate zeichnen sich, dem vom Verteidigungsminister favorisierten Modell 4 folgend, als Ergebnisse ab:

- Die Wehrpflicht wird „ausgesetzt“. (Es herrscht allerdings weitgehende Einigkeit, dass eine Reaktivierung einer „ausgesetzten Wehrpflicht“ politisch extrem schwer durchsetzbar ist.)
- Der freiwillige (Wehr-)Dienst in der Bundeswehr wird flexibilisiert und attraktiver gestaltet. (12-23 Monate, Auslandseinsätze möglich, 6 Monate Probezeit).
- Der Gesamtumfang der Bundeswehr pegelt sich bei etwa 170.000 Soldaten ein (derzeit 252.000), davon mindestens 7.500 Freiwillig Wehrdienstleistende (FWDL).
- Die Zahl der für Einsätze real verfügbaren Soldaten wird deutlich erhöht
- Die Kopf- und Stabslastigkeit der Bundeswehr wird deutlich reduziert. Die Rolle des Generalinspektors wird weiter gestärkt, die TSK-Inspektoren werden aus dem BMVg ausgegliedert.

Noch konkurrenzfähig erscheint ein Modell mit einem Gesamtumfang von ca. 210.000 Soldaten unter Erhalt der Kurz-Wehrpflicht.

Nach den Grundsatzentscheidungen stehen zahlreiche kritische Folgeentscheidungen an wie z.B.:

- Einpassung der reformierten Bundeswehr in NATO- und EU-Konzepte (Bündnisverpflichtungen)
- Erhalt der klassischen Landesverteidigungsbefähigung (neues Reservistenkonzept)
- Standortentscheidungen
- Reduzierung von Zivilpersonal
- Reduzierung von Beschaffungsvorhaben

Wie die bis 2014 angestrebten Einsparungen im Verteidigungsetat von 8,4 Milliarden Euro erreicht werden können, ist bisher nicht erkennbar. Ein zeitliches Hinausschieben der Sparauflage erscheint unausweichlich, zumal Strukturreformen in aller Regel zunächst einer Anschubfinanzierung bedürfen. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Kirsch, meint dazu: „Das ist wie mit einem trockenen Schwamm, wenn Sie draufdrücken, kommt halt nichts mehr raus.“ Die Debatte der nächsten Monate wird höchst lebendig bleiben und vermutlich noch einige originelle Gedanken produzieren. Günther Nonnenmacher schreibt in der FAZ vom 30.08.2010: „Die Debatte über die Bundeswehr hat chaotische Züge. Jeder meldet sich zu Wort. Nur ein Gegenstand wird bestenfalls am Rande erwähnt: Welche sicherheitspolitischen Interessen hat eine deutsche Armee eigentlich zu verteidigen?“ Und DIE ZEIT schreibt am 24.08.2010: „In Sachen Bundeswehr-Reform liegen für Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg Erfolg und Scheitern derzeit nahe beieinander“.

Die Zeit der faulen Kompromisse und halbherzigen Lösungen scheint jedenfalls vorbei zu sein. Trotz nicht überzeugender Entscheidungsprozesse wird voraussichtlich das Reformergebnis letztlich sicherheitspolitisch stichhaltig begründet, in sich schlüssig und insgesamt tragfähiger sein als der Zustand der letzten Jahre.

In jedem Fall eröffnet sich die Chance, dauerhaft die Debatte über nationale Interessen, über strategisches Denken und Handeln in der Sicherheitspolitik zu enttabuisieren. Zu hoffen ist, dass sich zukünftig wieder sicherheitspolitische Gestaltungsmöglichkeiten bieten, die auch fast verschütteten Langzeitvisionen wie einer Europa-Armee Raum lassen.

2. Thema NATO

In der sicherheitspolitischen Debatte wird das Strategische Konzept der NATO in den kommenden Monaten im Fokus stehen. Der NATO-Gipfel im November dieses Jahres in Lissabon ist kein Routine-Ereignis, sondern von grundsätzlicher Bedeutung für die zukünftige weltweite Sicherheitsarchitektur.

Eine Expertengruppe unter der Leitung von Madeleine Albright hat mit Datum vom 27.05.2010 unter dem Titel „NATO 2020“ ihre Empfehlungen für das neue Strategische Konzept vorgelegt:

<http://www.nato.int/strategic-concept/expertsreport.pdf>

Die NATO hat jeweils 1967, 1991 und 1999 ein neues Strategiekonzept verabschiedet und damit weitreichende sicherheitspolitische Neuorientierungen begründet. 1967 stand im Zeichen der flankierenden Entspannungspolitik (Harmel-Bericht, flexible response), 1991 suchte Antworten auf die Aufhebung der Blockkonfrontation, 1999 positionierte die NATO in einer neuen Welt(un)ordnung, 2010 hat die Konsequenzen aus neuen Bedrohungen nach dem 11. September 2001 und veränderten Machtkonstellationen zu ziehen. Die neue Strategie hat nach der Erweiterung auf 28 Mitglieder einen Konsens zu finden zu der zentralen Frage, welchen Stellenwert im Grundverständnis der NATO die klassische Beistandsverpflichtung einerseits und die Rolle als global wirksamer Sicherheitslieferant andererseits einnehmen wird. Im Konzept-Entwurf „NATO 2020“ ist zu lesen: „NATO is a regional, not a global organisation; its authority and resources are limited and it has no desire to take on missions that other institutions and countries can handle successfully.“

In allen Szenarien der NATO-Geschichte ist eine Konstante erkennbar: Das Verhältnis zur Sowjetunion/zu Russland ist ein dominierender Faktor in der Strategieentwicklung. Eine ganz spezifische Position zum Verhältnis NATO-Russland formuliert (nicht zum ersten Mal) Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle. In einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung plädiert er am 15.07.2010 gemeinsam mit Dmitrij Rogosin, dem ständigen Vertreter Russlands bei der Nato, für Russlands Aufnahme in die NATO:

„Russland gehört in die Nato. (...) Derlei wurde in den frühen neunziger Jahren, unmittelbar nach dem Kollaps der Sowjetunion, schon einmal diskutiert, damals aber war die Zeit nicht reif (...) Die Nato kann keine ihrer künftigen Aufgaben ohne oder gar gegen Russland lösen. Russland strebt danach, sein Potential zu modernisieren, die ökonomische und politische Praxis von Europa wahrzunehmen und kreativ zu erlernen – dabei aber seine Identität und Unabhängigkeit zu bewahren. Beide Teile Europas wurden durch das 20. Jahrhundert künstlich auseinandergerissen, und beide müssen sie dieselben Sicherheitsprobleme aushalten.“

Einen Monat zuvor titelt George Friedman für den US-Think Tank „STRATFOR“: „Germany and Russia move closer“ und beschreibt darin eine vorrangig wirtschaftspolitisch definierte Interessengemeinsamkeit der beiden Länder vor dem Hintergrund einer angeblichen Abkühlung der deutschen EU-Affinität.

Wenn diese Positionen auch einigermaßen exotisch anmuten, so öffnen sie doch den Blick für unorthodoxe Gedankengänge. Und sie erinnern im 20. Jahr der deutschen Vereinigung in sympathischer Weise an die Vielfalt und Offenheit sicherheitspolitischer Vorstellungen der frühen 90er Jahre, als in Europa fast alles möglich schien.

3. Thema Irak-Abzug

Die US-Armee hat entsprechend der Ankündigung des amerikanischen Präsidenten ihre Kampftruppen zum 31.08.2010 aus dem Irak abgezogen, 50.000 „Berater und Ausbilder“ bleiben. DIE ZEIT schreibt dazu am

30.08.2010: „Die USA verlassen ein Land am Rand des Chaos“ und die Süddeutsche Zeitung titelt am 31.08.2010 „Ein Krieg, den alle verloren haben“.

Die Meinungen über die Resultate des Irak-Krieges gehen auseinander, mit eindeutig negativer Gesamttendenz. Unbestritten ist, dass die Mission weitreichende Folgen für die regionale und weltweite Sicherheitsarchitektur hat. Unbestritten ist auch, dass das „Lessons learned“-Kapitel überaus ergiebig und bei weitem noch nicht abgeschlossen ist.

Eine differenzierte und ausgewogene Analyse liefert Prof. Dr. Stephan Bierling, Universität Regensburg, in der FAZ vom 27.08.2010. Er bilanziert: „Vermutlich wird sich der Irakkrieg im historischen Rückblick nicht als das erweisen, als was ihn seine Kritiker und seine Verteidiger darstellen: Weder ist er zu einem weltpolitischen Fiasko geworden, noch wurde er zum Schlüssel zur Lösung der Konflikte im Mittleren Osten und zur Demokratisierung der arabischen Welt.“

Den vollständigen Artikel finden Sie auf meiner Website unter <http://www.sicherheitspolitik-bremen.de/40633/60001.html>

4. Thema Türkei

Die zahlreichen internationalen Krisenherde überschatten eine sicherheitspolitische Entwicklung, die langfristig größere Aufmerksamkeit verdient: Die Türkei positioniert sich außenpolitisch neu, gewinnt an Selbstbewusstsein und Einfluss. Die osmanische Geschichte, die geostrategische Lage in einer Region, in der nach dem Irak-Krieg die Karten neu gemischt werden, die besondere innere Lage als muslimisches Land mit starker Westbindung begründen den besonderen Stellenwert des Landes in der internationalen Sicherheitsarchitektur.

Innenpolitisch hat die Türkei unter dem Anreiz des EU-Beitritts zahlreiche Reformen vollzogen, wirtschaftlich ein kontinuierlich hohes Wachstum erzielt. Es ist Mitglied der G-20, einflussreiches und aktives NATO-Mitgliedsland seit 1952 und wird, sofern der EU-Beitritt gelingt, in jeder Hinsicht auch ein EU-Schwergewicht sein.

Außen- und sicherheitspolitisch setzt die AKP-Regierung erfolgreich bemerkenswerte Schwerpunkte:

- Bereinigung der Dauerkonflikte mit Griechenland und Armenien
- Ausgleich mit den islamischen Nachbarn einschließlich des Iran
- Eigenständige Regionalpolitik mit dem Anspruch als Ordnungsmacht
- Stärkere Gewichtung im globalen Umfeld

Als ein muslimisches Land, zu dessen Grundpositionierung nach wie vor die feste Westbindung zählt, wird die Türkei zu einem internationalen Akteur mit steigendem Einfluss, dessen Einbindung in die globale Sicherheitsarchitektur Aufmerksamkeit und Sensibilität erfordert.

Studien der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ und der „International Crisis Group“ bieten weiterführende Informationen:

http://www.kas.de/wf/doc/kas_19452-544-1-30.pdf?100427150927

<http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/turkey-cyprus/turkey/203%20Turkey%20and%20the%20Middle%20East%20-%20Ambitions%20and%20Constraints.ashx>

5. Literaturhinweise

- Die September/Oktober-Ausgabe der Zeitschrift „Internationale Politik“ steht unter dem Leitthema „Strategien“. Einige Beiträge sind im Internet kostenlos zugänglich: www.internationalepolitik.de
- Die Zeitschrift „Das Parlament“ vom 23.08.2010 befasst sich ausführlich mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr: www.das-parlament.de. Die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen (APuZ)“ der Ausgabe ist über die gleiche Website aufrufbar und behandelt das Thema „Weltstaatengesellschaft?“.
- Wenn Sie der 20. Jahrestag der Wiedervereinigung zu einschlägiger Lektüre verleitet, ist empfehlenswert:
Ed Stuhler: „Die letzten Monate der DDR“. Links-Verlag, Berlin 2010. € 19,90.
Nicht alle Rezensenten bewerten das Buch positiv. Es bietet keine kritische Analyse und Wertung dieses Zeitabschnitts, vermittelt aber in lebendiger Weise sehr subjektive Eindrücke der kurzen Epoche der DDR zwischen den ersten demokratischen Wahlen und der Vereinigung, eine Zeit, in der von den damals politisch Verantwortlichen ein unglaubliches Aufgabenspektrum zu bewältigen war. Die geschichtliche Würdigung der damaligen Leistungen fällt 20 Jahre danach bisher denkbar knapp aus.
- Das vor 10 Jahren von Ahmed Rashid verfasste Buch „Taliban“ gilt als renommiertes Standardwerk zu dieser Thematik. Es ist nach Aktualisierung durch den Autor in diesem Jahr als Taschenbuch neu erschienen und bei der Bundeszentrale für Politische Bildung für 4,00 € erhältlich: Ahmed Rashid: „Taliban“. Bonn 2010. (www.bpb.de)
In DER SPIEGEL vom 02.08.2010 wird unter der Überschrift „Fegefeuer des Fundamentalismus“ ausführlich über die aktuelle Pakistan-Lagebeurteilung des Autors berichtet:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-72462709.html>
- Elke Hoff, MdB, sicherheitspolitische Sprecherin der FDP, hat mit Datum vom 26.08.2010 ein „Diskussionspapier Bundeswehr der Zukunft“ verfasst:

<http://www.sicherheitspolitik-bremen.de/43047/60401.html>
- Zur Rolle Europas in der globalisierten Weltordnung bietet der aktualisierte Internet-Auftritt der Bundeszentrale für politische Bildung vier lesenswerte Artikel unter dem Link

http://www.bpb.de/themen/Z6BR76.0.0.Au%DFen_und_Sicherheitspolitik.html
 - „Großmacht Europa? – Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ von Eckart D. Stratenschulte
 - „Europa muss sich selbst ernst nehmen“ von Elfriede Regelsberger
 - „Die EU als globaler Akteur in Zeiten der Krise“ von Ulrich Schneckener
 - „Konkurrenz belebt das Geschäft: Wie China Europa voranbringt“ von Almut Möller

6. Abschlussbemerkungen

Mit diesem Newsletter ist keine sicherheitspolitische Tour d'horizon beabsichtigt. Ich greife vielmehr einigermaßen willkürlich Themen heraus, von denen ich meine, dass sie besondere Beachtung verdienen oder bemerkenswerte Wertungen erfahren.

Auf meine o.a. Homepage darf ich Sie nochmals hinweisen. Die Rubriken „aktuell“ und „Meinung“ werden in der Regel täglich aktualisiert. Die Rubriken „Think Tanks“ (derzeit 132 Einträge) und „Periodika“ (59) können bei Recherchen nützlich sein.

Für alle Hinweise, insbesondere auf sicherheitspolitisch relevante Quellen, bin ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Hans Biechler". The signature is written in a cursive style with a large initial 'H' and a long, sweeping tail on the 'l'.